

PEPIN-TRIPPIER

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder

Nr. 51/52

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementpreis Mr. 1,50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 23,
Claus-Stoltz-Strasse 1, Telefon 5-8246.

Anzeigen kosten die flächenprozentige Nov.
parallelzelle oder deren kaum 50 Pg. (der
Betrag ist stets vorher einzuhenden).
Verbandsmitglieder kosten 25 Pg. die Zelle.

31. Jahrg.

Hamburg, den 22. Dezember 1917

Weihnachtsglocken! Friedensglocken!

Zum vierten Male während des unstilligen Weltkrieges hallen die Weihnachtsglocken ins Land hinaus und weden die Erinnerung an die fromme Sage, die uns allen aus unseren Kindertagen so vertraut ist. Als in jener weiblichen Nacht Engel aus Himmelshöhen herabstiegen auf die Erde und den Menschen den Frieden verkündeten: „Friede den Menschen auf Erden, die eines guten Willens sind!“, da horchte die gedrückte Menschheit in banger Sehnsucht auf und stredete verlangend die Hände aus nach dem törichtlichen Gute des Friedens. Aber es war eine verlorene Hoffnung: der Friede senkte sich nicht herab auf die Wohnstätte der Menschen; unsere Erde blieb nach wie vor ein Kummelpunkt der Leidenschaften, und die Jahrtausende hindurch hallte sie wider von Waffenklang und Schreitgeläut. Das Engelwort vom Frieden auf Erden blieb ein leerer Wahnsinn; denn auch in jenen Zeiten, da das Christentum die Welt beherrschte, vertrummte niemals der Lärm der Waffen. Und ob auch alljährlich von den christlichen Klängen das Evangelium der Liebe und des Friedens verkündigt wurde, die Menschen hörten nicht darauf, sondern trugen ihren Hader durch blutige Kämpfe aus.

Mehr als jemals eine andere Zeit wird die Gegenwart durchdröhrt vom Geschrei der Kriegsfürrie. In sinnloser Wit, einem Hirngespinst zu lieben, zerfleischen sich die Völker, die sich mit großer Kulturstolz nennen, und mit hartnäckigem Elter sind sie noch immer darauf bedacht, sich gegenseitig Wunden zu schlagen und sich unerschöpflichen Schaden zuzufügen. Das Morden fordert Millionen Opfer und vernichtet unschätzbare Werte. Der Moloch des Krieges verschlingt die blühendsten, tüchtigsten Menschen in seinem Mägen; er summert sich nicht um die Feinen der Mutter, um das Jammer der Gattinnen und Brüder, um die Klage der verwaisten Kinder; schonungslos stampft er die Zukunft unseres Volkes in Grund und Boden. Schon länger als drei Jahre lang geht das Toben weiter, und immer wieder züngelt der Hoz empor und fordert seine Opfer. Da liegt es denn wirklich wie Hohn, wenn die Weihnachtsglocken den Frieden verkünden und wenn die Prediger der gläubigen Gemeinde erzählen von dem Friedenskind in Bethlehem's Stalle, das der Welt den Frieden gebracht habe. In Blut und Schmutz ist der Gedanke einer Völkerverbrüderung erstickt worden, und anstatt daß die Angehörigen der verschiedenen Völker sich über die Landesgrenzen hinweg die Hände reichen zum friedlichen Bunde, betäuben sie sich wie blutgierige Bestien.

Noch steht die Welt in Waffen; aber im fernen Osten steigt langsam die Sonne des Friedens aus dem Nebelempor. Das russische Volk, das unter dem Kriege unbeschreiblich gelitten hat, ist des Völkermordens müde geworden und pflanzt das Friedensbanner auf. Durch seine Vertreter hat es dem Willen Ausdruck gegeben, dem unheilvollen Kriege ein baldiges Ende zu machen. Die Mittelmächte haben die ausgestrakte Hand ergriffen und ihre Bereitwilligkeit erklärt, in Friedensverhandlungen einzutreten. Es kann noch lange währen, ehe der Friede endgültig geschlossen wird; aber einstweilen ruhen die Waffen. Bedauerlich ist es, daß unsere andern Feinde, besonders die Engländer, noch immer nichts von einem Frieden wissen wollen, und daß die Amerikaner, unsere neuesten Feinde, laut in die Welt hinausschreien, daß sie jetzt erst recht den Krieg fortführen wollten. Unsere Gegner erklären mit erschreckender Deutlichkeit, sie würden nicht eher ruhen und rasten, bis Deutschland vernichtet sei und besiegt am Boden liege. Das sind allerdings noch schlimme Aussichten, die der Hoffnung auf einen baldigen Frieden hindern im Wege stehen; dennoch aber sollen wir den Mut nicht sinken lassen und den Glauben nicht verlieren, daß die gesunde Vernunft auch bei unsfern andern Feinden endlich siegen wird. Immerhin ist das russische Friedensangebot ein günstiges Vorzeichen, u. s. wenn uns die Weihnachtsglocken den Frieden im Osten einläuten, so werden sie auch in den

Erlöschene Lichter.

Von Ernst Preetzang.

Schmückt ihr wieder nun die grauen Räume
Mit dem Grün des Waldes, schlanke Bäume?
Eures Atems Hauch erfüllt die Lust
Und durchwirkt das Haus mit Cannenduft.
Will erwecken, was verblichen war:
Unfrer Träume heitere Freierischar.
Und des Herzens froheschwingten Schlag:
Weihnacht, Seele! Licht- und Freudentag!
Und du schaust erstaunt und steht verloren:
Ist wie immer nicht der Baum umponnen?
Was die andern trugen, trägt auch er;
Keiten ranken bunt sich um ihn her;
Silberhaar umglänzt ihn zart und hold,
Von den Zweigen raschelt Flittergold.
Muntere Sterne schaukeln leicht am Band —
All der alte, liebe dumme Land!
All die alten, längstvertrauten Dinge.
Weihnacht, Seele, heb dich auf und klinge!
Tuble wieder und sei jung und Kind —
Oder ward dein Auge alt und blind?
Suchend ruht dein Blick wohl auf dem Baum;
Suchend wandert er wohl durch den Raum;
Eine Frage gelöst in die Zeit:
Licht- und Freudentag — und Dunkelheit?
Weihnacht, ja, du quillst aus allen Zweigen,
Doch wo ist der Kerzen heller Reigen?
Ach, wie matt der Schein im Sterne blinkt
Und der Glanz mit finstren Schatten ringt.
Eilig greift um all den bunten Land!
Eine unsichtbare dunkle Hand,
Die den Schimmer hart und kalt zerbricht...
Weihnacht, Seele? Und so arm an Licht?
Weihnacht, Weihnacht — und die Mörder dröhnen.
Sprach ein Gott nicht eh'mals vom Verlöhnern,
Was jetzt Kinderlippn stammeln lassen:
Und den Menschen hier ein Wohlgefallen!?

Funkelnd blitzt ein Strahl vom Schwerterknauf —
Dunkle Lücken klaffen um uns auf.
Tannen duften, und das Eisen zischt.
Feuer lob'n — doch Licht um Licht erlischt.

anderen Völkern Friedenssehnsucht wecken und sie zu einer Verständigung geneigt machen. Der Krieg muß doch einmal ein Ende nehmen; denn er hat wirklich lange genug gedauert, und in Millionen von Herzen in allen Ländern regt sich der Wille, mit dem Morden endgültig Schluß zu machen.

Wiederum stehen wir kurz vor dem Abschluß eines neuen Jahres, hoffend und bangend den Blick in die dunkle Zukunft gerichtet. 41 Kriegsmonate mit ihren furchtbaren Opfern und unsagbaren Schmerzen liegen hinter uns. Ganz besonders hart und schwer lastete das Jahr 1917 auf der werktätigen Menschheit, die mit den schlimmsten Ernährungsschwierigkeiten zu kämpfen hatte. Auch in den Meilen unserer Kollegen machte sich mitunter der zermürbende Einfluß der vielseitig andrängenden wirtschaftlichen Nöte bemerkbar, so daß es in den Mitgliederversammlungen gar oft notwendig wurde, den sinkenden Mut der treugeübten Kollegen aufzurütteln, ihre Entschlußkraft neu zu stärken und zu weiterer entschlossener Mitarbeit zu ermuntern. Es gelang. Die Überzeugung brach sich Bahn, daß mit mutlosem Klagen nichts gebessert wird. Mit festem Blick, mutig und furchtlos in treuer Pflichterfüllung dem Ziel entgegen, das sich unser Verband gestellt hat, sei deshalb unsre Lösung auch im kommenden Jahre!

In der fünfjährigen Friedenszeit, deren Nahen wir alle sehnlichst erwarten, stehen unserm Volke schwere, aber unabsehbare Aufgaben bevor. Wenn die blutige Kriegszeit ihr Ende gefunden hat, heißt für uns die friedliche

Arbeit an. Wir haben so vieles wieder gutzumachen, was der Krieg vernichtet, wir haben so vieles wieder aufzubauen, was der Krieg zerstört hat. Da heißt es denn, alle Kräfte zusammenzufassen und fleißig die Hände zu rühren, damit unser wirtschaftliches, soziales, geistiges und politisches Leben von Grund auf wieder erneuert wird. Ein Tor, wer da glauben wollte, wir könnten den Laden einfach dort wieder anknipfen, wo ihn der Krieg abgerissen hat, wie könnten in derselben Weise und mit denselben Mitteln weiterarbeiten wie vor dem Kriege. Die Menschen, die aus dem Kriege heimkehren, sind vielfach anders geworden; die Verhältnisse haben sich gleichfalls geändert, und auch der Staat hat ein neues Gesicht bekommen. Da gilt es denn — besonders für die deutsche Arbeiterschicht —, die Zeichen der Zeit zu erkennen und zu verstehen, was uns zum Heile dient. Nicht Hünegespinsten sollen wir nachjagen, sondern auf dem Boden der Tatsachen sollen wir handeln; nicht um Mächtigkeiten sollen wir einen Bruderkampf führen, sondern einig und geschlossen sollen wir unser gutes Recht vertreten. Unsere Zukunft steht auf dem Spiele; es handelt sich um die schwerwiegende Schicksalsfrage, ob das deutsche Proletariat seinen Aufstieg fortsetzen oder ob es in die Ohnmacht, Helplosigkeit und Not der Vergangenheit zurückgeschnürt werden soll. Die Entscheidung liegt bei uns; auf uns kommt es an, wie sich die Zukunft gestalten wird. Und wenn über kurz oder lang die Friedensglocken mit chernem Munde das Abbrechen einer neuen Zeit verkünden, so wollen wir entschlossenen Mutes bastehen und mit ernstem Willen ans Werk gehen. Die Bekehrung, die denen gute werden soll, die guten Willens sind, soll sich auch an uns erfüllen. Die Vergangenheit liegt wie ein doppelter Traum hinter uns; die Tore der Zukunft tun sich vor unsrer Bilden auf.

Zum bevorstehenden Ablauf des Reichstarifvertrages im Malergewerbe.

Der bestehende Reichstarifvertrag für das Malergewerbe verlängert am 15. Februar 1918 seine Gültigkeit, wobei darüber nicht rechtzeitig eine neue Vereinbarung zwischen den Vertragsparteien getroffen wird. Gleichzeitig laufen aber auch die Abmachungen über Teuerungszulagen vom 25. Januar 1915 und 18. Mai 1917 und die Tarife mit dem Bund deutscher Dekorationsmaler, dem Westdeutschen Malermeisterverband und einer Anzahl örtlicher Organisationen der Arbeitgeber ab.

Verhältnislich wurde der 1913 abgeschlossene Reichstarifvertrag durch Verhandlungen im Reichsamt des Innern im Januar 1918 um zwei Jahre, bis 15. Februar 1918, unverändert verlängert. Für den gleichen Zeitraum wurde eine Teuerungszulage um 5 bezüglichweise 8 für die Stunde festgelegt. Die andauernde bedeutende Besteuerung der Lebensmittel und die sonstigen wirtschaftlichen Begleiterscheinungen des sich wider Erwarten lange hinziehenden Krieges machten inzwischen eine Ergänzung dieser Vereinbarungen unbedingt erforderlich. Dieser Einsicht konnten sich auch die Arbeitgeber mit verschwindenden Ausnahmen nicht verschließen. Darum wurde im Frühjahr 1917 erst durch Beschlüsse der örtlichen Arbeitgeberorganisationen, dann, als dies nicht zu einem einigermaßen befriedigenden Ergebnis führte, durch Verhandlungen der beiderseitigen Organisationsleitungen unter Mitwirkung des Reichsamtes des Innern eine erneute Teuerungszulage bewilligt, und zwar in Höhe bis zu 21 für die Stunde, oder für alle beteiligten Gehilfen zusammen im Durchschnitt von 13,37 für. Durch beide Teuerungszulagen erhielten unsere Kollegen in Malereibetrieben 11 bis 26 für die Stunde, oder durchschnittlich 18,85 Stundenlohn mehr als vor dem Kriege.

Das ist gewiß ein ganz schwärmender Erfolg der Bemühungen unserer Organisation; denn ohne diese wäre keine solche Regelung und wohl kaum eine annähernd gleich wesentliche Erhöhung der bisherigen Verdienste eingetreten. Gemessen jedoch an der siegenden gewaltigen Besteuerung der Lebensmittel und aller andern Bedarfsgegenstände für die breite Masse des Volkes, ist die erwähnte Lohnsteigerung auch nicht annähernd als ausgleich anzusehen. Das, was unsere Arbeitgeber jetzt mehr an Löhnen ausgeben müssen, ist aber auch gegenüber den Mehrausgaben der teils um das Zehnfache und auch sonst ganz allgemein um Hunderte von Prozent gestiegen Materialpreis ja unbedeutend, daß das Lohnsteigerung jedes

Malergeschäfts während des Krieges die geringsten Veränderungen aufzuweisen hat. Dagegen sind in anderen, auch in veränderten Gewerben weit höhere Lohnsteigerungen eingetreten, gar nicht zu reden von solchen, die für Kriegsbeziehungsweise Heereszwecke arbeiten.

Natürlich erkennen wir die gegenwärtig recht unübliche Lage unseres Gewerbes durchaus an. Wir sind auch bereit, darauf die grösste Rücksicht zu nehmen. Das geht nicht nur daraus hervor, dass wir schon vor mehr als Jahresfrist Anregungen zu gemeinsamer Tätigkeit zur Sicherung unserer Berufsverhältnisse gegeben, Richtlinien dafür festgestellt und ihnen durch gemeinsame Beratungen mit den Arbeitgebervertretern zur Anerkennung verholfen haben, sondern wir haben auch bereits praktisch zum allgemeinen Nutzen unseres Gewerbes gewirkt und sind sehr entschlossen, dies in Zukunft noch mehr, entweder mit den Arbeitgeberorganisationen oder auch selbstständig zu tun. Ferner haben wir Tenerungszulagen festgestellt, die, wie schon erwähnt, hinter denen für andere Gewerbe wesentlich zurückbleiben. Es gibt aber auch hier eine Grenze, die nicht übersteigt werden darf: Ein Existenzminimum, das heute notwendig ist, soll ein noch dazu für später schwer arbeitender Mensch inmitten des allgemeinen Kriegswuchers noch lebensfähig bleiben, muss auch unsern Kollegen garantiert werden, und fernher darf es nicht so weit kommen, dass gewissenswerten der lezte Malergesell aus seinem ererbten Beruf dauernd hinausgetrieben wird als Hilfsarbeiter anderer Gewerbe, wo ihm höherer Verdienst und grössere Erfolgsicherheit gewährt werden. Das müsste unsern Beruf wirtschaftlich und sozialisch so schädigen, dass demgegenüber eine geringe Erfahrung an Lohn eine sehr vertretbare Rechnung wäre. Schon haben auch führende Malermeister vor dem schädlichen Betriebe gewarnt, durch niedrige Löhne den Arbeitgebern und unsern Gewerbe nützen zu wollen. Nur, wenn wir gleichen Schritt mit den übrigen Berufen halten und darüber hinaus noch unser Gewerbe als ein besondere geistige und körperliche Fähigkeiten erforderndes bei der Lohnfestsetzung bewerten, kann auch den Arbeitgebern geholfen werden. An ihnen liegt es dann, durch planmäßiges Handeln ihre Arbeiten genügend bezahlt zu verlangen, ein Bestreben, bei dem sie stets die Unterstüzung der Gewerbeorganisationen finden.

Bis in die letzten Tage hinein sind die Preise für Lebensmittel und alle ordentlichen Bedarfssachen und Lebensbedürfnisse erheblich gestiegen, und so wird es, mindestens während der Kriegsdauer, weitergehen. Einen Ausgleich dafür kommt, wie oben dargelegt, die im Malergewerbe verbliebenen Ressiten bisher nicht erhalten. Das macht es uns zur Pflicht, nunmehr wieder um eine weitere Lohnherhöhung nachzusuchen, wobei wir uns bewusst sind, dass die übergroße Mehrzahl der Arbeitgeber ein weitestgehendes Entgegenkommen auf unsere Ansprüche, noch dazu unter den gegebenen außerordentlichen Verhältnissen, als selbstverständliche Pflicht betrachtet.

Darum hat der Vorstand unseres Verbandes am 11. Dezember, zugleich im Namen auch der übrigen Gewerbeorganisationen, beim Reichsrat des Innern bezeichnungsweise bei dem von diesem abgeglichenen Reichswirtschaftsrat: Verhandlungen wegen Verlängerung des Reichsarbeitsvertrages und der übrigen Tarifvereinbarungen sowie über eine weite Tenerungszulage begriagt und hiervon dem Bauerverband Deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe und den beiden andern, eben angeführten Organisationen Mitteilung gemacht. Von Reichswirtschaftsrat wurde die Einleitung der erforderlichen Maßnahmen zugesagt.

Wir werden unsere Kollegen über den Gang der Angelegenheit fortwährend unterrichten.

Der Arbeitsmarkt im Bau- und Malergewerbe.

Über die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsnachweise Deutschlands für das gesamte Baugewerbe im Oktober 1917 gibt das Novemberheft des "Reichsarbeitsblattes" folgende Zahlen bekannt:

	Arbeitende Stellen	Offene Stellen	Belegte Stellen
August.....	4963	16767	3969
September.....	4196	16524	3420
Oktober.....	4645	15678	3631

Alte Maler, Anstreicher und Lackierer ist die Lage in der gleichen Zeit wie folgt:

	Arbeitende Stellen	Offene Stellen	Belegte Stellen	Stellen laufen auf je 100 offene
August....	1028	2628	1484	78,86
September.....	1610	2794	1261	57,94
Oktober.....	1781	2520	1242	70,42

In den einzelnen Landesteilen stelle sich für das Malergewerbe die Reichsandrangsziffer in den Monaten August, September und Oktober 1917 folgendermaßen:

	August		September	Oktober
	Arbeitende Stellen	Offene Stellen	Arbeitende Stellen	Offene Stellen
Preußen.....	20	40	15	26
Westpreußen.....	1	6	1	4
Berlin u. Brandenburg.....	480	547	377	750
Pommern.....	24	34	17	35
Posen.....	16	43	22	37
Schlesien.....	24	45	29	58
Sachsen.....	54	79	24	49
Schleswig-Holstein.....	24	35	36	61
Hannover.....	71	180	60	168
Westfalen.....	53	125	36	121
Hessen-Nassau.....	95	60	37	71
Württemberg.....	104	160	130	165
Bayern.....	253	382	232	315
Königreich Sachsen.....	86	189	63	266
Baden.....	108	181	95	126
Hessen.....	98	93	76	98
Mecklenburg-Schw.	28	38	31	31
Thüring. Staaten.....	5	4	8	8
Oldenburg.....	11	26	12	34
Braunschweig.....	8	52	8	58
Übbecke.....	20	28	5	14
Bremen.....	38	50	14	26
Hamburg.....	327	291	270	248
Elsass-Lothringen.....	12	10	12	11

Sind gegen industrielle Sistte wirksame Schutzmaßnahmen durchführbar?

II.

Zum zweiten wird dann vorjährisch bestimmt: Das Hineinleuchten in Kessel, Blasen, Kanälen usw. ist, infolge nicht die Anwesenheit von gefährlichen Gasen ausgeschlossen ist, vor der gründlichen Entfernung nur mit Sicherheitslampen zulässig. Ebenso dürfen in Betrieben, in welchen Asche, Benzin, Schwefelkohlenstoff und sonstige Flüssigkeiten, deren Dämpfe schwerer sind als die Luft, hergestellt oder verwendet werden, nur mit Sicherheitslampen gearbeitet werden. Für explosionsgefährliche Gasentwicklungen sind nur elektrische Sicherheitslampen verwendbar. Fässer, Flaschen und ähnliche Transportbehälter müssen, wenn dabei mit Licht oder Glühlampen gearbeitet werden soll, vorher aufgewärmt, entlüftet oder ausgedämpft werden; bei diesen Arbeiten sind auch Funkenbildung zu vermeiden. Ebenso dürfen im Innern der Behälter keine Lampen mit Brennstoff benutzt werden, wodurch explosive Gasgemische entstehen können; deshalb ist kein Benzin, Ligroin oder Petroleum zu verwenden. Zur Verhütung von Selbstentzündung dürfen die Verschlussdeckel von Destillationsstills für Mineralöl, Teer und Harz erst nach vollständiger Destillation geöffnet werden, wenn eine Abtönung unter 50 Grad Celsius eingetreten ist. — Beim Löschens in Brand geratener Lager von Salpetersäure, Nitrocellulose, Celluloid und andern Nitrokörpern, ist die Mannschaft auf die Gefahr der roten Dämpfe aufmerksam zu machen. Das Löschens solcher Brände darf nur von außen oder unter Benutzung von Rauchhelmen usw. geschehen. Ausgelöste Salpetersäure und Mischäsure für Ritterzwecke sind mit reichlicher Wassermengen fortzuspülen. Das Aufwerfen von Erde, Sand, Sägespänen usw. ist verboten. — Salpetersäure ist in gutgespülten Ballons zu lagern, und sind diese nur soweit zu füllen, dass mindestens ein Raum von circa zwei Litern freibleibt. In den Fabriken ist jede Ansammlung gefüllter Ballons verboten. Die Lager sollen von allen Seiten leicht zu-

gränglich sein, und müssen die Ballons in geeigneter Weise gegen Sonnenstrahlen und Beschädigungen geschützt werden; außerdem sind hier Hydranten anzubringen oder sonst für Wasservorrat zu sorgen. Bei feuergefährlichen Arbeiten dürfen leicht entflammbare Kleidungsstücke nicht getragen werden oder sind durch andere zweckmäßige Bekleidung zu schützen. — Unter "Sicherung für Verletzte" wird dann für jeden Betrieb der Aushang einer Anweisung zur ersten Hilfeleistung gefordert, wonach auch entsprechende Hilfsmittel wie Verbandsstoffe, Branntwunden, Sauerstoffzähmungsapparate usw. an geeigneter Stelle bereit zu halten sind.

Doch nicht nach diesen Vorschriften verfahren wird, er gibt sich aus den Berichten der verschiedenen Berufsgenossenschaften, aus den Unfallzahlen und was sonst allgemein darüber veröffentlicht wurde. Auf dem zweiten Internationalen Kongress für Metallarbeiter und Unfallverhütung in Wien 1913 hielt der Gewerbeinstifter Dr. K. Schimbs einen ausgezeichneten Vortrag über "Unfallschäden und Gesundheitsbeschädigungen in chemischen Betrieben". Der Vortragende übt eine scharfe Kritik an die veraltete Betriebsweise und Einrichtungen vieler chemischer Betriebe und Fabriken, die bei der Erzeugung giftiger Stoffe und Gase nicht den Unfallverhütungsvorschriften und der unfallverhütungstechnischen Entwicklung Rechnung zu tragen suchen und wohl auch können. Zu der großen Zahl Verunglückter wäre noch die grosse Zahl derjenigen Arbeiter zu zählen, deren Gesundheit durch solche Betriebe tiefschädigende, dauernde Schädigungen erlitten haben, und das noch die durch chemische Verarbeitung erteilten. Zu der großen Zahl Verunglückter wäre noch die hinzugerechnet werden müssten. Schimbs fordert deshalb für diese Betriebe eine intensive behördliche Überwachung, eine verständige Belehrung der Arbeiter über die Gefahren und eine Würdigung der Arbeitszeit auf mindestens acht Stunden. Um weiteren größeren Betriebszettelkeit, Wache- und Waschgelegenheit für die Arbeiter, denen auch der Unternehmer Arbeitsanzüge zu liefern hat. Im übrigen wies er auch auf den Mangel von sozialem Verständnis bei einem beträchtlichen Teil der leitenden Techniker hin und fordert deshalb, dass auf den Hochschulen die Sozialhygiene mehr gepflegt und vorgetragen werden soll. — Einen weiteren Beitrag zu dieser Kritik bieten die Berichte der technischen Aufsichtsbeamten der chemischen Berufsgenossenschaft für 1912 und 1916. In dem Bericht für 1913 wird neben andern gesagt: "Die immer wieder an die Unternehmer gerichtete Aufforderung, bei U- und Neubauten die Zeichnungen einzuseinden oder mit ihnen durchzusprechen, ist leider nicht durchweg befolgt worden. So wurde die Benzoldestillieranlage einer größeren Dachpappenfabrik in durchaus vorschriftswidrigem Zustande ausgeführt. Zugleich sei bemerkt, dass der zuständige leitende Beamte (der Fabrik) von den Unfallverhütungsvorschriften überhaupt nichts wusste. — Bezüglich der erforderlichen Anweisung und Ausführung der Arbeiter bei gefährlichen Produktionsvorgängen wird meist bei allen starken Arbeitern verschwiegen und den vielen ausländischen Arbeitern recht wenig Beachtung empfunden. Der Widerstand der Arbeiter ist gewöhnlich dann am größten, wo das Interesse des Arbeitgebers fehlt. — In einigen Fällen wurden die Einwendungen der Arbeiter gegen Schutzausrüstungen, zum Beispiel gegen Benutzung unzweckmäßiger Schuhbrillen, für berechtigt gefunden. Besondere Schwierigkeiten waren wieder bei der Nutzung der kleinen Sprengstoffbetriebe, wie zum Beispiel der Zunder, Sündbänder und Feuerwerkskörper zu verzeichnen. Das Arbeitermaterial, welches hier verwendet wird, ist nicht in der Lage, die Gefahren der Fabrikation in vollem Umfang zu erkennen, da es meist aus Knaben und Mädchen im Alter von 15 bis 20 Jahren besteht. Es musste daher mit aller Sorgfalt verfahren werden usw."

Wie sich die Dinge in der Kriegszeit geändert haben, das kommt in dem Bericht für 1916 zum Ausdruck. Die Zahl der Bollarbeiter betrug 1913 277 629 und sank bis Ende 1915 auf 219 646, um dann durch die gewaltige Steigerung des Kriegsbedarfes auf 256 420 Bollarbeiter zu steigen. Werdegang der Zeitverhältnisse bedingen den Sozialismus. Nicht die nationale "Verteidigung" bedeutet Verrat seiner selbst, sondern die Gier nach Annexionen heißt die Verleugnung aller vertretenen sozialistischen Auffassung. Einmal muss es dennoch vollendet Tag werden, den falschen Weg zu erkennen. Alle neuen Opfer des losenden Schlachtfeldes sind daher bedauerlich — die ersehnte militärische Entscheidung fällt doch nicht.

Die obendrein stehende legt sich auf die kalten Stoppelfelder. Das goldene Tagesgestern weicht der sterblosen Nacht. Unmittelbar neben mir steht ein großer fünfzehnjähriger Motorpflug. Er eignet das frische Bett für die demnächstige neue Saal. Same und Erde, Frost und Hitze, Sommer und Winter, Tag und Nacht wechseln miteinander ab. Unter dem ersten Eindruck der Kriegserklärung verloren die vornehmprächtige Welt und die Sonne ihren hellen Schein. Solange nicht die Friedenssonne leuchtet, werden wir mit dieser großen Depression "Weltkrieg" belastet sein. Die Erde, die uns vielfältig neue Frucht zur Versorgung stellt, mahnt uns Menschen durch ihre natürliche Zeiteinteilung, ihrer Samenbereitung nicht zu vergessen.

Drüben hält der grausige Schnitter Tod seine reichliche Ernte, hier fallen die letzten Lehren der Reife unter dem Messer der modernen landwirtschaftlichen Maschine. Ein Werdegang aus Leben und Tod — beides geprägt durch menschlichen Erfüllungsgeist. Das Nicht des Lebens ist aber das größere, zwingendere, uns Menschen den wahren Werkzeugende Geist. Leben — heißt kämpfen. Aber leben heißt auch siegen, ohne dieses ist alles dem Tode verfallen. Wir wollen aber die natürliche Voraussetzung unseres Zwecks erfüllen — darum sind wir auch endlich allgemein zur Einsicht gezwungen, die bedingte Notwendigkeit desselben — den Frieden anzuerkennen. Das losende Schlachtfeld verstärkt diese Hoffnung — denn nur der Friede ernährt.

Am 1. Februar. Siepmann.

Aus feldbriefen unserer Kollegen.

Von hoher Warte.

15 Kilometer hinter der Front. Ein wunderschöner, jüngster Augusttag geht zur Neige. Ich blicke von einer Höhe hinab über ein parkartiges Hügelgelände zur Front. Vorrie in Hochspannung. Schon seit acht Tagen steht Tag und Nacht die fürchterliche Artillerieklade ohne Unterbrechung. Gerüchteweise sollen heute morgen französische Infanterieaktionen eingesetzt haben. In den Lüften hörte es von Artillern. Zwei Reihen von Feuerballons umschäumen die Front. Die französischen Truppen liebäugeln auch in großer Stärke, so dass sie jetzt zu erkennen sind. Das Artilleriereuer bei obere erhabender Windrichtung heute fast gar nicht hörbar, und die Wirkung des Gefäßes wegen auch nur teilweise erkennbar. Dieser geplante Offensivzug hat aber erstaunlich erhöhte Bedeutung. Versucht Frankreich hier in einer letzten entscheidenden Kraftanstrengung, seinen unvorbildigen Attentats und Großvorbau zum vollen Ausdruck zu bringen? Auf Grund aller bisherigen Erfahrungen blicke ich dem "Wollen" verbürgt entgegen; denn das "Erreichen" bedeutet eben den Willen in die Tat umsetzen. Es liegen sich zwei verzweigte Begriffe gegenüber, jeder verteidigt mehr als eine Welt von Werte. Sie kämpfen für die Zukunft ihres Vaterlandes, was sie durchmachen, es ist eine Tragödie. Wo sind aber deutsche Helden? Ich lage an, und die unbekämpfte. Deshalb rechte ich mit einem französischen Geschäftsführer gegen, denn sie wurden zähler. Das zwischen ihnen historische Gelände bei Montcornet optimal hin und her. Die Ortschaften werden aber jetzt alle dem Feind gleichgemacht, wohin das Mündungsrohr reicht. Wo wir im vorigen Jahre in Querier lagen,

Auf je tausend Vollarbeiter kamen gemeldete Unfälle 1913 55,25, 1914 53,98, 1915 58,46 und 1916 58,14; entschädigte Unfälle 1913 7,08, 1914 7,24, 1915 7,02 und 1916 8,68. Die gemeldeten Unfälle sind von 12 401 im Jahre 1915 auf 14 908, und die entschädigten von 1549 auf 2058 im Jahre 1916 gestiegen. Von diesen Unfällen entfallen 1916: 2 327 auf weibliche erwachsene und 745 auf jugendliche Personen (unter 18 Jahren). Zur Überwachung der Betriebe hat die Berufsgenossenschaft 11 technische Aufsichtsbeamte eingestellt, von denen ein Teil zum Betriebsdienst eingesetzt wurde, worunter, wie leicht zu verstehen, die technischen Betriebsbeschleunigungen leiden müssten. Burden vor dem Kriege von den vorhandenen Betrieben etwas über 40 p.M., so während des Krieges nur noch 22 p.M. revidiert. Nicht wird deshalb in dem Bericht bemerkt: „Wehe noch als im Frieden hat die Berufsgenossenschaft ihre technischen Kräfte nötig, um den großen Anforderungen gerecht zu werden“. Immer mehr werden Frauen, Jugendliche, ältere Leute, Krieger- und Zivilgefangene eingestellt und beschäftigt, wodurch die Unzulänglichkeit bei der Wahrnehmung des Arbeiterschutzes nicht unbedingt erhöht wird. Im weiteren wird auch gesagt: „Die regelmäßige Prüfung der Druckgefäße konnte in manchem für Seeresbedarf tätigen Betriebe wegen Arbeitermangel oder zur Vermeidung von Betriebsunterbrechungen nicht durchgeführt werden“. Daher dann die Folge, daß schadhafter Schlüssel zur Verwendung kamen. Weiter heißt es: „Besonders unangenehm bemerkbar machen sich die giftigen Gase und Stoffe — meist Nitrokörper, welche in diesem Unfange glücklicherweise auch nur eine Kriegserziehung darstellen. Durch die Forderung von Entlüftungsanlagen, sowie Absaugvorrichtungen an den Entstehungen“ und Gefahrenstellen war es möglich, die Unfallsachen erheblich zu beschränken; wesentlich hierfür ist auch die Benutzung von Respiratorn und dichten Handschuhen, die Möglichkeit im Tabak- und Alkoholgenuss und vor allem die große Kleinlichkeit. Im besonderen sollte nicht das Gerinnste mit ungewaschenen Händen gegessen werden usw.“

Nach dem hier Dargestellten wäre im Sinne der aufgeworfenen Frage für alle giftgefährlichen Industriebetriebe, sowie für derartige Neben- und Teilbetriebe zu fordern:

1. Verbot der Beschäftigung von Frauen und von jugendlichen Personen in einem Alter von unter 18 Jahren. Ebenso dürfen lungen- und herzkrank Personen nicht beschäftigt werden.
2. Festlegung eines Maximalarbeitstages von acht Stunden und Festsetzung eines nach dem Grade der Gefahr abgestuften kürzeren Maximalarbeitstages.
3. Verbot der Abförderarbeit und Einschränkung der Nachtarbeit.
4. Feststellung einer ständigen ärztlichen Beaufsichtigung und periodischen Untersuchung des Gesundheitszustandes der Arbeiter, vorüber die Berufsgenossenschaften und die Gewerbeinspektoren nach Art der Betriebe alljährlich einen Bericht zu veröffentlichen haben.
5. strenge Beaufsichtigung der Betriebe durch die Gewerbeinspektoren und technischen Aufsichtsbeamten unter Mitwirkung von Hilfsaufsichtsbeamten; die letzteren sind vom Staate zu beaufsichtigen und von den Arbeitern zu wählen.
6. Da sich in dem engen Rahmen einer durchschnittlichen Revision (Absatz 5) eine Prüfung der ganzen Betriebsanlage nicht durchführen läßt, so muß mindestens von zwei zu zwei Jahren eine eingehende Beaufsichtigung und Begutachtung der schutztechnischen Einrichtungen des Betriebes durch eine staatliche Kommission von Sachverständigen stattfinden. Die Kommission kann von dem Betriebsunternehmer eine Aenderung der Betriebsanlage und der Einrichtungen verlangen.

Die Durchsetzung dieser Forderungen, wie sie allgemein von den in Betracht kommenden Gewerkschaften schon verbreitet werden, wird sicher dazu angetan sein, einen Schutz gegen industrielle Gifte wirksam durchzuführen.

G. Heinke.

Von unseren Kollegen im Felde.

Die Kollegen Heinrich Kahler (zum Unteroffizier befördert) und Johannes Lemer, Mitglieder der Filiale Marburg; ferner der Kollege Johann Gahn, Mitglied der Filiale Frankfurt a. M., erhielten das Eiserne Kreuz zweiter Klasse; auch der Kollege Fischer, Mitglied der Filiale Schwerin, erhielt es sowie das Mecklenburgische Verdienstkreuz.

Unsere Filialen unter dem Kriegszustande.

Breslau. Am 17. November fand hier eine Versammlung statt, in der Kollege Jakobiet über die diesjährige Beiratssitzung Bericht erstattete. Er gab einen klaren Überblick über die Finanzverhältnisse der Hauptfalle und die Vorschläge des Hauptrates über die Weihnachtsauszahlung der Weihnachtsunterstützung, die jedoch der Beirat ablehnte, um nach längerer Beratung mit dem Hauptratstande den Mitgliedern eine Beitragserhöhung für 1918 zu empfehlen. Nach einer kurzen Diskussion, in der sich alle Redner für eine Beitragserhöhung aussprachen, wurde beschlossen, ab März 1918 eine solche von 20 p.M. für Breslau zu erheben: 10 p.M. für die Hauptfalle und 10 p.M. für die Filiale, damit auch diese wieder in die Lage versetzt wird, ihre durch den Krieg bei der Hauptfalle verursachten Schulden tilgen zu können. In seinem Schluswort gab Kollege Jakobiet vorerst Aufklärung über eine von Kollegen der Bunte-Hoffmann-Werke gestellte Anfrage zum Statut. Er wies jedoch auf die dringende Notwendigkeit hin, mit der regen Agitation unter den Unorganisierten nicht nachzulassen. Zum Schlus sprach er noch über die Auszahlung der Weihnachtsunterstützung und gab einige Erläuterungen zum Hilfsdienstgesetz, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

Leipzig. Am 2. November tagte hier eine Mitgliederversammlung. Zunächst gab Kollege Goldschmidt die Abrechnung der Gewerkschaften durch den Krieg als äußerst zurück-

vom dritten Quartal bekannt. Dann referierte Kollege Mädeler in längeren Ausführungen über die Beschlüsse des Beirats. Er legte insbesondere die Notwendigkeit einer Beitragserhöhung klar, gleichzeitig jedoch betont, daß auch wir gesetzlich sind, unsere Filialfalle zu stärken, trotzdem es damit nicht gerade ungünstig steht. Wenn aber der Krieg, was wir natürlich nicht wünschen, noch lange dauern sollte, so würden wir im nächsten Jahre doch gezwungen sein, unsere Volksbeiträge zu erhöhen. Darum schlägt er für die Hauptfalle 10 p.M. und für die Lokalfalle 5 p.M. also insgesamt 15 p.M. Beitragserhöhung vor. In der sich darauf entwickelnden lebhaften Aussprache erkannten alle Kollegen die Notwendigkeit einer Stärkung unserer Verbandsfalle an. Es kam jedoch zum Ausdruck, daß von nun an mit den Extraunterstützungen aufgehört werden müsse, sonst würden auch die 10 p.M. für die Hauptfalle nicht reichen, um unsern Verband nach allen Richtungen hin leistungsfähig zu erhalten. Ferner wurde herabgehoben, daß bei den bestehenden Tarifverhandlungen die wirtschaftliche Lage unserer Kollegen genügend gewidmet werden müsse; wenn wir lebensfähig bleiben wollen, müssen wir auch den Verhältnissen entsprechende Verdienste haben. Nicht seien sehr viele Kollegen — und nicht die schlechtesten — in andere Berufe gegangen. Diese würden nicht wieder zurückkehren, wenn ihnen nicht bei uns eine gesicherte Lebenshaltung in Aussicht gestellt werden könnte.

Die Versammlung war zwar nicht gut besucht, jedoch von besten Geiste besetzt, und so ist denn zu hoffen, daß sich auch die übrigen Kollegen Leipzigs sowie in den Bahnhöfen den genannten Ausführungen anschließen werden. In Rücksicht auf die bestehenden Verhältnisse wurde zunächst von einer Beschlussfassung abgesehen und diese auf die nächste Versammlung vertagt, wo wir eine stärkere Beteiligung erwarten. Mit einem kräftigen Appell an die Kollegen, auch weiterhin für die Organisation tätig zu sein, wurde die Versammlung geschlossen.

Vilbel. (Zahlstelle der Filiale Frankfurt a. M.) Am 2. Dezember fand im Rathaus „Zum Pfau“ eine Mitgliederversammlung der Zahlstelle statt, zu der auch die Frauen der einberufenen Mitglieder eingeladen waren. Der Besuch war, entsprechend den Verhältnissen, beständig. Kollege Zimmermann referierte über die beschäftigte Beitragserhöhung und die Aufgaben des Verbandes während des Krieges und nach dem Kriege. Er wies ganz besonders darauf hin, daß die Aufgaben der Arbeiterklasse stets durch die Verhältnisse bedingt seien. Der Krieg, den die organisierte Arbeiterschaft nicht gewollt habe, hat große Anforderungen an die Gewerkschaften gestellt, und man kann ohne Übertreibung sagen, daß die gewerkschaftliche Idee sich während des Krieges durchaus behauptet habe. Die Fertigkeit der gewerkschaftlichen Organisation habe sich in harter Kriegszeit erprobt, so daß auch in Zukunft an ihrer Existenz kein Zweifel mehr bestehen könne. Was allgemein zutreffe, sei auch über unsern Verband zu sagen. Auch er habe sich bis ins vierte Kriegsjahr hinein den Aufgaben der Zeit als gewachsen erwiesen. Wenn jetzt mit einer Beitragserhöhung an die Kollegen herangetreten werde, so sei hierbei der weite Blick für die Zukunft vor allem bestimmt; denn bis jetzt habe der Verband sein finanzielles Gleichgewicht noch behaupten können. Erfreulich sei es, daß der Vorschlag der Beitragserhöhung im allgemeinen und besonders im zweiten Bezirk volles Verständnis gefunden habe, was sicherlich in der jetzigen harter Kriegszeit als der starke Wille der Kollegen zu weiteren Opfern und zur Stärkung und Verstärkung des Verbandes gegen alle Stürme der kommenden Zeit aufzufassen sei. Diese erfreuliche Beurteilung der diesmaligen Beitragserhöhung, die für die Filiale Frankfurt a. M. mit der Erhöhung des Lokalsatzes wohl 20 p.M. betragen werde, werde sicherlich auch von den Kollegen im Felde volles Verständnis auslösen — was durch die vielen zustimmenden Zuschriften bereits bestätigt wird —, so daß der zukünftigen gemeinsamen Arbeit mit ihnen, nach dem hoffentlich bald einleitenden Frieden, durchaus keine Hindernisse im Wege stehen. In der Diskussion wurde die Beitragserhöhung allgemein als notwendig anerkannt, und so fand die Versammlung ihren Schluß unter der Erkenntnis, daß auch in der Zahlstelle Vilbel die Beitragserhöhung eine zustimmende Aufnahme fand.

Aus Unternehmerekreisen.

Die Generalversammlung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Bauarbeiterwesen hat der Verlängerung des Reichstarifvertrages wie auch der vereinbarten neuen Teuerungszulage zugestimmt. Da auch der Verbandsbeirat des Deutschen Bauarbeiterverbandes der im Reichswirtschaftsamt aufzuhaltenden Vereinbarung zugesimmt hat, ist nunmehr eine endgültige Verständigung erzielt.

Über die Entwicklung der Unternehmerekreände wird von diesen selbst nach außen hin allgemein stillschweigend bewohdet. Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist aber auf steigende Mitgliederzahlen derselben zu rechnen, besonders bei denen mit scharfmacherischem Einschlag, die bekanntlich vor den „fanfesten“ Druckmitteln auf widerhaarige Unternehmer nicht zurückstehen. Da ist es nun für alle Unternehmerekreise gewiß nützlich, zu hören, was eine Unternehmerekreisigung, die zwar nicht zu den unbedingt scharfmacherischen gehört, sondern schon gelegentlich für Verständigung mit den Gewerkschaften eintrat, über ihre Entwicklung während der Kriegszeit berichtet. In seinen Mitteilungen vom November dieses Jahres schreibt der „Deutsche Industrie-Schutzverband“ folgendes:

„Trotz der für die Werbearbeit ungünstigen Kriegsverhältnisse sind seit Anfang dieses Jahres weitere 540 Firmen mit rund 27 Millionen Mark Jahresinkommen als Mitglieder neu geworden. Während des Krieges ist die Zahl unserer unmittelbaren Mitglieder insgesamt um 1530 auf zurzeit 6680 gestiegen. Ansätze mehrerer bedeutender Verbände und zahlreicher Einzelsfirmen stehen in nächster Zeit bevor. Wie die Arbeiter für ihre Gewerkschaften, müssen auch die Industriellen überall, wo sich Gelegenheit bietet, fleißig mit für ihre Organisationen arbeiten.“

In den „Mitteilungen“ wird dann noch die in Arbeitgeberkreisen weitreichend verbreitete Ansicht von der Schwächung der Gewerkschaften durch den Krieg als äußerst zurück-

gewiesen, vielmehr wird von einem „unvermeidbaren Machtwuchs der Gewerkschaften“ gesprochen, weshalb „ein weiterer Anstieg der Schuhorganisation der Arbeitgeber unvermeidbar“ sei. Zum der nicht aus der Welt zu schaffende Interessengegensatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Kriegsfolgezeit zu außerordentlich schweren Auseinandersetzungen führen wird. Es wird diese Ansicht zwar mit annehmbaren Rechtfertigungen der Gewerkschaftsorgane begründet, allein man weiß ja, daß die Unternehmer sich gern als die Friedfertigen hinstellen belieben, die sich nur notgedrungen gegen die bösen Friedensörder, die Gewerkschaften, zur Abwehr rüsten.

Die Arbeitnehmer aber, wenn sie nur die einfachste Einsicht und Überlegung obhalten lassen, werden aus solchen Rechtfertigungen erkennen, wie notwendig ihre Einigkeit ist und wie wenig sie sich Versplitterungsbestrebungen in den Gewerkschaften leisten dürfen.

Gewerkschaftliches.

Neue Teuerungszulagen für Steinseher. Nach langen Verhandlungen mit der Unternehmerorganisation hat der Verband der Steinseher eine weitere Teuerungszulage von 20 p.M. vereinbart. Am 1. Dezember dieses Jahres erfolgte die Gewährung von 10 p.M., die anderen 10 p.M. werden vom 1. März 1918 ab bezahlt. Damit ist eine Verdopplung der bisher während des Krieges durchgeführten Teuerungszulagen erzielt.

Vertragsverlängerung in der Holzindustrie. Die Tarifverträge in der deutschen Holzindustrie sind um ein Jahr, bis 15. Februar 1919, verlängert. Nach den abgeschlossenen Vereinbarungen erhalten die Arbeiter eine weitere Teuerungszulage von 10 p.M. und zwar 10 p.M. am 15. Februar und 1. April 1918. Die weiblichen und jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren erhalten am 15. Februar 1918 eine Zulage von 5 p.M. Sämtliche Vertragsorte hat man in Tarifklassen geteilt, von denen 6 errichtet wurden mit nachstehenden Mindestlohn und wöchentlichen Arbeitszeiten:

	I	II	III	IV	V	VI
Arbeitszeit	50	51	52	53	54	55 Stunden
Mindestlohn:						
für Arbeiter	115	105	100	95	90	80 p.M.
für Arbeiterinnen	65	61	57	53	49	45 p.M.

Die vertraglich vereinbarte Lohnerschöpfung ist die dritte, die der Holzarbeiterverband innerhalb zwölf Monaten für die Angehörigen des Gewerbes erzielt hat. Durch sie steigt der Lohn in allen Städten um mindestens 4 p.M. in der Stunde; die Vertragslöhne, die vorher 85 bis 87 p.M. betrugen haben, sind jetzt als Mindestlohn auf 80 p.M. bis 1,15 gestiegen. Die klassenweise Regelung der Arbeitszeit bringt für viele Orte eine sehr beträchtliche Arbeitszeitverkürzung, die spätestens am 15. Februar 1920 durchgeführt sein muß.

Die Beitragserhöhung in den Gewerkschaften. In einer Reihe von Gewerkschaften ist bereits eine Beitragserhöhung beschlossen worden oder sie wird im kommenden Jahre einzutreten.

Die Beitragserhöhung ist eine notwendige Folge der Entwertung des Geldes. Die Gewerkschaften sind in ihren Einnahmen so gut wie ausschließlich auf die Beiträge der Mitglieder beschränkt. Dementsprechend sind die Unterstützungen, die sie gewähren, im Einzelfall knapp bemessen. Sinkt die Kaufkraft des Geldes in einem Maße, wie wir es in diesem Kriege erlebt haben, dann müssen die Unterstützungsstücke notwendig erhöht werden. Das Bedürfnis für die Erhöhung der Unterstützungen hat sich bisher noch nicht in so geringem Maße notwendig gemacht, weil die Kriegskonjunktur die Arbeitslosigkeit nahezu verschwinden ließ. — Auch die Streikunterstützung, die sonst neben der Arbeitslosenunterstützung den Hauptteil der Ausgaben der Gewerkschaften in Anspruch nimmt, kam während des Krieges nur in geringem Maße in Betracht. Nach dem Kriege werden die Anforderungen, die in dieser Hinsicht an die Gewerkschaften gestellt werden, stark anwachsen; dann wird es notwendig werden, höhere Unterstützungsstücke zu gewähren, und um das möglich zu machen, müssen die Beiträge erhöht werden. Das Verständnis für diese Notwendigkeit ist überall bei den Gewerkschaftsmitgliedern vorhanden.

Einen besonderen Weg hat der Deutsche Holzarbeiterverband, der eine gründliche Kooperation des gesamten Klassenwesens durchführen will, eingeschlagen. Hier wird bei der Beschlussfassung, die gegenwärtig vorgenommen wird, nicht direkt gefragt, ob der Beitrag erhöht werden soll. Die Bejahung dieser Frage wird als selbstverständlich vorausgesetzt. Bis her wurde neben dem im ganzen Verband gleichmäßigen Verbandsbeitrag in fast allen Zahlstellen ein Lokalbeitrag erhoben, der sehr verschieden bemessen war. Dafür erhielten die Mitglieder Zuschläge zu den Verbandsunterstützungen, deren Höhe in den verschiedenen Orten, auch bei gleicher Höhe des Lokalbeitrages, sehr unterschiedlich war. Während des Krieges sind die Lokalunterstützungen nicht ausgeschüttet worden. Jetzt wird den Mitgliedern vorgeschlagen, diese Unterstützung in der alten Form überhaupt nicht wieder einzuführen. Im Verband sollen sechs Beitragsstufen von 40 p.M. bis 1,50 wöchentlich eingeführt werden, und jede Zahlstelle soll die Beitragssklasse, die dann für die Mitglieder am Ort maßgebend ist, selbst bestimmen. Die gesamte Unterstützung wird aus der Hauptfalle gezahlt; ihre Höhe sind entsprechend der Beitragshöhe und außerdem auch nach Mitgliedschaftsdauer abgestuft; sie sind höher als jenseits die Verbandsunterstützungen einschließlich des lokalen Zuschlags.

Diese Vorderung befreit die Zahlstellen von einer großen Verantwortung. Die Zahl der Zahlstellen mit einem großen Lokalvermögen ist verhältnismäßig gering. In den meisten andern besteht die Gefahr, daß bei starker Anspruchnahme der Lokalfalle für den einen Zweck, zum Beispiel für Streikunterstützung, die Auszahlung der sonstigen Unterstützungen in der Folgezeit bei gelehrter Kasse in Frage gestellt wird. Dieses Risiko übernimmt künftig die Hauptfalle, welche die bei ihr eingehenden Gelder dort hin-

schien kann, wo sie im Augenblick am notwendigsten gebraucht werden. Außerdem hat auch das Zusammenspiel der Verbandsgründer in der Hauptklasse die Wirkung, daß diese für die Führung von Wahlkämpfen besser gerüstet ist. Wegen dieser Beitragsregelung ist eingewendet worden, daß durch sie die Selbständigkeit der Ortsverwaltungen stark eingeschränkt wird. Auch auf der kirchlich abgehaltenen Reichskonferenz haben sich eine Reihe von Rednern in diesem Sinne ausgesprochen. Hier wurde aber der überzeugende Nachweis geführt, daß diese Beschränkungen völlig unbegründet sind. Zur Bestreitung der teilchen Verwaltungsstellen flossen seither von jedem Wochengebiet (von 60 A.) 10 A in die Volksstätte; diese soll künftig 25 vgt. der Beiträge erhalten. Damit können die örtlichen Aufgaben der Bischöflichen in vollem Umfang erfüllt werden, und es werden noch Mittel für sonstige Zwecke übrig stehen. Die Erkenntnis, daß die geplante Neuregelung in jeder Beziehung einen bedeutenden Fortschritt bringt, war schließlich auf der Reichskonferenz so allgemein, daß in der Schlusssitzung von 125 Delegierten aus 120 Verbandsgründen mit sechs gegen die Vorlage stimmten. Die Annahme erfolgte also nahezu einstimmig.

Es wird zwar da und dort versucht, Stellung gegen die Vorlage zu machen und ihre Ablehnung als Ausdruck der Misszufriedenheit mit der Politik der Generalkommission zu empfehlen. Diese Frage steht indessen mit der Beitragsfrage in keinerlei Zusammenhang. Hier handelt es sich lediglich darum, die Organisation auszubauen und sie stärker zu machen. An der Stärkung ihrer Gewerkschaft haben die Anhänger beider Mächtigungen das gleiche Interesse.

Die Urabstimmung im Zentralverband ergab, daß von 1281 abgegebenen Stimmbüchern 3088 für die vorgeschlagene Beitrags erhöhung waren, 1186 dagegen. Damit tritt vom Januar ab die Erhöhung des Beitrages in Kraft.

Die vom Vorstand und Ausschuß der Unterstützungsvereinigung des Vereins Arbeiterpresse beschlossene Beitrags erhöhung ab 1. Januar 1918 ist in der Urabstimmung von den Mitgliedern mit großer Majorität gutgeheißen worden. Es haben an der Abstimmung 149 Mitglieder teilgenommen; davon stimmen 1282 der Erhöhung der Beiträge zu, 122 Mitglieder erklärten sich dagegen. Der Vorstand sieht nunmehr die Beitrags erhöhung vom Januar 1918 ab in Kraft und bittet die Mitglieder, dies zu beachten.

Arbeiterversicherung.

Versall und Aufrechterhaltung der Anwartschaften in der Angestelltenversicherung. Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte hat an ihre Vertrauensmänner ein Rundschreiben gerichtet, das die Aufmerksamkeit auf einige Bestimmungen des Angestelltenversicherungsgesetzes richtet, denen gerade jetzt während des Krieges erhöhte Bedeutung zukommt. Gegenwärtig ist es zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft auf die Versicherungsleistungen noch § 40 des Gesetzes notwendig, daß der Versicherte in jedem Kalenderjahr mindestens acht Monatsbeiträge entrichtet. Gesichtigt das nicht, so gehen die Ansprüche verloren. Wer nicht in versicherungspflichtiger Beschäftigung steht, kann den Verlust durch freiwillige Entziehung von Beiträgen aufholen. Hierzu ist jeder berechtigt, der mindestens sechs Beitragsmonate auf Grund der Versicherungspflicht zurückgelegt hat. Wie eigentliche Beitragsmonate gelten hierbei, auch für die Aufrechterhaltung der Anwartschaft, solche Kalendermonate, in denen der Versicherte Krieg oder Friedensdienstzeiten verbringt, arbeitsunfähig, frank ist oder zur beruflichen Fortbildung eine staatlich anerkannte Lehreinstalt besucht. Eine schon verfallende Anwartschaft lebt wieder auf, wenn der Versicherte gemäß § 50 des Gesetzes binnen einem Kalenderjahr nach Schluß eines Jahres, in dem diese Verträge fällig waren, die rückständigen Gelder nachzahlt. Dann behalten sämtliche früher entrichteten Beiträge Gültigkeit. Ist der Versicherte nicht zu solchen Nachzahlungen in der Lage, so kann er einen Antrag auf Stillung der nötigen Beiträge bei der Reichsversicherungsanstalt stellen. Auf die gestundeten Beiträge können spätere Pflichtbeiträge, nachdem die zur fiktiven Aufrechterhaltung der Anwartschaft erforderliche Zahl Beiträge abgezogen ist, angerechnet werden. Durch die Anrechnung lebt die Anwartschaft ebenfalls wieder auf. Die Vertrauensmänner und Ortsausschüsse der Angestelltenversicherung sollen sich bemühen, die Kenntnis dieses Sachverhaltes zu verbreiten.

Sozialpolitisches.

Eine Erhöhung der Löhne für die Soldaten soll zu Weihnachten eintreten. Im Haupthaushalt des Reichs- jahres teilte ein Regierungsrat erneut mit, daß die Lohnung der Mannschaften durchschnittlich um 33½ vgt. die der Unteroffiziere um 20 vgt. erhöht wird. Die schon längst notwendig gewesene Erhöhung wird den Soldaten eine willkommene Weihnachtsgabe sein.

Genossenschaftliches.

Wissenschaft und Genossenschaft. Langsam und tastend, gewinnernd, jährend, sangen die deutschen Hochschulen allmählich an, das Genossenschaftswesen in ihren Lehrplan aufzunehmen. An verschiedenen Universitäten sind Vorlesungen über das Genossenschaftsrecht für das diesjährige Wintersemester angelegt worden; auch an den Handels- und landwirtschaftlichen Hochschulen beschäftigt man sich mit denselben Gegenstande. Die Notwendigkeit, die Studierenden in das Recht der Genossenschaft einzuführen, kann heutzutage nicht mehr bestritten werden. Es trifft vollständig zu, was die Städtsche Handelshochschule in Köln in ihrem letzten Bericht schreibt, daß die Annahme der Genossenschaftslehre in den Lehrplan sich vor allem durch die stei-

gende praktische Bedeutung rechtfertigt, die das Genossenschaftswesen auf fast allen Gebieten unseres Wirtschaftslebens erlangt hat und deren Ausdehnung voraussichtlich noch fast unbegrenzt erscheint. Ist es auf der einen Seite für den Kaufmann wichtig, diese einflussreichen wirtschaftlichen Gebilde näher kennen zu lernen, die ihm teils neue Aufgaben legen, teils alte bestreiten, so bedürfen die Genossenschaften nicht weniger des Kaufmanns. Sie sind so weit über ihren ursprünglichen kleinen Wirkungskreis hinausgewachsen, daß sie nicht mehr alle mit freiwilligen ungeschulten Hilfskräften arbeiten können.

Weitere hervorragende Hochschullehrer haben sich dahin gewandert, daß das Genossenschaftswesen nach dem Kriege unbedingt auf den Hochschulen zu einem wichtigen Lehrgegenstand gemacht werden müsse. So schreibt zum Beispiel der Lehrer des Volkswirtschaftlichen Seminars an der Universität Leipzig, Professor Dr. W. Stiebel:

Die große Wichtigkeit der Genossenschaft, namentlich auch gegenüber den Preisreihenreihen der Gegenwart, leuchtet ein. Ich vermute auch, daß nach dem Kriege, wenn diese Buchpreise nicht aufhören, der Konsum verein Welt über die arbeitenden Klassen hin aus das einzige wirksame Mittel der Konsumen sein wird, sich vor den makellosen Übergriffen der Händler zu schützen. So werde ich diese Angelegenheit im Auge behalten und nach dem hoffentlich bald eintretenden Frieden darauf bedacht sein, daß auch dieses Gebiet im Bereich der zur Volkswirtschaft gehörenden Nächter nicht mehr unberücksichtigt bleibt.

In ähnlicher Weise haben sich auch andere hervorragende Gelehrte gedacht, unter andern Geheimrat Professor Dr. Piesstorff (Staatswissenschaftliches Seminar der Universität Jena), der schreibt:

Nach Friedensschluß werden wir dem Genossenschaftswesen überhaupt in geringerem Maße Rechnung tragen. In den allgemeinen Vorlesungen ist bisher schon dem Genossenschaftswesen nach Möglichkeit Rechnung getragen worden. Kann doch von seiner Bedeutung niemand mehr überzeugt sein und niemand sich dafür mehr interessieren als ich selbst.

Wiederum ist es auch noch, daß Seminare gegründet werden sollen, in denen eine gründliche Behandlung des Genossenschaftswesens in Theorie und Praxis geplant ist. Für die Entwicklung der deutschen Genossenschaften nach dem Kriege werden diese wissenschaftlichen Bestrebungen zweifellos fördernd wirken. Eine innige Verbindung von Wissenschaft und Genossenschaft wird unserm Wirtschaftsleben sicherlich großen Nutzen bringen.

Das Neugeschäft der Volksfürsorge brachte in dem abgelaufenen Monat November, dem 40. Monat seit Beginn des Krieges, das beste Resultat seit Kriegsbeginn. Es wurden im ganzen 4277 neue Anträge eingereicht. Bei den 3989 Anträgen für Kapitalversicherungen beträgt die versicherte Summe M 1 031 978; für Spar- und Risikoversicherungen wurden 308 neue Anträge gestellt. In den elf Monaten des Jahres 1917 waren 94 683 neue Anträge zu bearbeiten, gegen 21 414 im gleichen Zeitraum 1916 und 9621 im Jahre 1915.

Die erzielte Steigerung des Neugeschäfts der Volksfürsorge zeigt, daß auch in der Arbeiterschaft der Wert und die Notwendigkeit des Abschlusses von Versicherungen immer mehr erkannt wird und daß die Funktionäre der Volksfürsorge überall dort besonderen Erfolg haben, wo die Gewerkschaften und Genossenschaften ihr Interesse für die Entwicklung der von ihnen gegründeten gemeinnützigen Gesellschaft betätigen.

Der Bestand der Volksfürsorge Ende Oktober 1917. Abgeschlossene Versicherungen 218 789, davon Kapitalversicherungen 149 018 mit M 92 400 363 Versicherungssumme, 67 989 Spar- und 1762 Risikoversicherungen. Durch die Risikoversicherung sind M 537 714 versichert. Am 31. Dezember 1916 bestanden 191 736 Versicherungen mit M 28 468 020 Versicherungssumme, davon 128 715 Kapitalversicherungen mit M 26 362 841 Versicherungssumme und 66 307 Spar- und 1714 Risikoversicherungen.

Vom Ausland.

Holland. O. C. v. d. Tempel †. Aus der soeben erschienenen Nummer unseres holländischen Bruderorgans „Der Schilder“, erscheint, daß Kollege v. d. Tempel im Alter von 42 Jahren gestorben ist. Er stand bei der Gründung des Verbandes in der vordersten Reihe und blieb allezeit bis zu seinem Tode ein treuer Kämpfer der Arbeiterschaft. Ehre seinem Andenken!

Verschiedenes.

Das Schneidergewerbe als künstlerisch-werkstätlicher Beruf. Der sächsischen Landesstelle für Kunstgewerbe ist durch das Schneidergewerbe der Wunsch ausgesprochen worden, daß dieser für die Mode tätige Beruf als künstlerisch-werkstätlicher Beruf angesehen werden möchte. Die Landesstelle sieht sich in Verbindung mit den einschlägigen Verbänden, um über die Erziehungsfragen künstlerischer Art zu beraten. Man kam dann überein, daß eine mindestens dreijährige Lehre in einem tüchtigen Geschäft notwendig sei, und daß es dann diejenigen Lehrlinge, welche Talente zeigen, noch ein bis zwei Jahre eine Kunstgewerbeschule besuchen sollten, um ihren Form- und Farbensein weiter auszubilden und sich zeichnerische Fertigkeiten zu erwerben. Zusammenfassend bekannte sich die Sächsische Landesstelle für Kunstgewerbe zu folgender Auffassung der deutschen Modebeziehungen: Die Internationalität der großen Mode wird nach dem Kriege wie zuvor bestehen bleiben. Dies war die Mode internationalen Abwandlungen unterworfen. Die Grundsätze stellte bisher Paris auf als stärkste nationale Kraft in der Modenbildung. Diese Kraft ist noch nicht gebrochen und wirkt trotz des Krieges auch auf Deutschland. Die deutsche nationale Modenbewegung ist jetzt im Erstarken.

Ob aus dieser Bewegung später eine Mächtende Stellung eintritt, hängt von dem Wege der deutschen Frauen ab, den Industriellen zu ebenso von der Weltbevölkerung Deutschlands nach dem Kriege. Den Erfolg kann nur eine ausgehende künstlerische und technische Arbeit von mindestens einem Jahrzehnt bringen. Um die Modeindustrie als Kunstgewerblichen Beruf kennenzulernen, hat die sächsische Landesstelle für Kunstgewerbe einen Vertreter dieses Berufes als Mitglied gewählt.

Fachliteratur.

Von der deutschen Malerzeitung „Die Malerei“ liegt das Dezemberheft (Heft 9 des 87. Bandes) vor. Es enthält die Tafel 83: Decke mit Monogramm, entworfen von Walter Mode, im Relief; Tafel 84: Wand für einen Korridor, entworfen von Ludwig Meissner in München; Tafel 85: Dreit. Wandmalerei, entworfen von Emil Bloch, im Relief; Tafel 86: Wandkalender für das Jahr 1918. Ein rechtlicher Teil wird wieder eine lange Liste gefallener Berufstöchter veröffentlicht. Von dem interessanten Artikel Albert Hilde über „Malerei und Straßenkunst“ (mit zahlreichen Abbildungen) erfolgt in dem vorliegenden Heft der Schlussteil. Wir wollen unsere Leser auf die günstigen Bezugsmöglichkeiten dieser empfehlenswerten Fachzeitschrift noch besonders aufmerksam machen. Die Zeitschrift erscheint im Verlage von Georg D. W. Gallwey in München.

Literarisches.

Die Glotze, Sozialistische Zeitschrift. Herausgeber: Marous (Verlag für Sozialwissenschaft, G. m. b. H., Berlin SW 68). Das soeben erschienene Heft 87 enthält u. a. folgende Artikel: Dr. Paul Lenz, M. b. M. Braucht die Unterherrschaft und englische Welt herrschaft. Wiss. Rantzen; Eine politische Pleite. Johann Plenge: Organisation und Freiheit. G. Ruhmäuser: Die technisch-industriellen Angeklagten im Kriege. M. Stohlaas: Der neue Schmog. William Bromme: Rudolf Schwandt gesessen! Glossen. Oskar Wöhrl: In der Nacht. — Einzelheft 80 f., vierteljährlich M. 6,50 bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Almanach des Deutschen Holzarbeiterverbandes für das Jahr 1918. Taschenkalender für die Verwaltungen und Mitglieder des Verbandes. Im Auftrage des Verbandsvorstandes herausgegeben von Theodor Leipart. Neuauflage. Jahrgang. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes (G. m. b. H.) in Berlin.

Kommunale Frauenarbeit im Kriege. Von Anna Bloß, Mitglied des Ortschulrates von Stuttgart. Preis 60 f. Verlag für Sozialwissenschaft, G. m. b. H., Berlin SW 68. 1917. Für diejenigen, die sich über die Tätigkeit der Frauen in den Gemeindeverwaltungen unterrichten wollen, bietet die vorliegende Schrift ein vorzügliches Material.

Übergangswirtschaft und Arbeitersinteressen. Zehn Aufsätze über die wichtigsten Fragen der Übergangszeit der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft. Von Paul Umbreit, Berlin. Preis 50 f. Verlag für Sozialwissenschaft, G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstraße 114. Die Broschüre, die die wichtigsten aus der Wiederaufschaltung unseres Wirtschaftslebens sich ergebenden Fragen sachkundig und allgemeinverständlich behandelt, versiebt die weiteste Verbreitung unter der deutschen Arbeiterschaft.

Sterbetafel.

Dresden. Am 6. Dezember verstarb an Herzmuskelentzündung unser langjähriger treuer Kollege Wilhelm Dietrich im Alter von 45 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Vereinstiel.

Bericht der Hauptklasse vom 9. bis 15. Dezember. Eingefunden haben: Frankfurt a. M. M. 500.

Wertzeichen wurden verändert (B = Beitragsmarke, E = Eintrittsmarke): Nachen 200 B à 115 f. Köln a. M. 800 B à 95. Frankfurt a. d. O. 200 B à 70, 100 B à 90. Grünberg i. Sch. 100 B à 70. Güstrow 100 B à 80. Neumünster 200 B à 125, 100 B à 10. Würzburg 400 B à 120, 100 B à 10. Friedberg 200 B à 80. Chemnitz 1200 B à 75, 400 B à 95, 1200 B à 115. München 1200 B à 85, 1200 B à 105, 2000 B à 125, 400 B à 10, 100 E à 100, 50 E à 50, 400 B à 50. Posen 200 B à 120. Worms 100 B à 120. Augsburg 100 B à 120. Gisenach 100 B à 70. Giersberg 200 B à 70, 200 B à 90. Nowawes 200 B à 110. Schleswig 100 B à 120. Weimar 100 B à 70. Berlin 10 000 B à 120. Darmstadt 400 B à 80, 400 B à 120. Cenabrist 100 B à 75. Bamberg 100 B à 10. Bremerhaven 800 B à 140. Breslau 800 B à 80, 400 B à 100, 800 B à 120. Ginden 100 B à 80. Leipzig 1200 B à 100. Potsdam 400 B à 70. Bismarck 100 B à 80.

Die Woche vom 23. bis 29. Dezember ist die 52. Beitragswoche, die letzte für das Jahr 1917.

Die Woche vom 30. Dez. 1917 bis 5. Jan. 1918 ist die 1. Beitragswoche für 1918.

O. Wenker, Rassierer.

Der heutigen Ausgabe liegt die Nummer 49 des „Correspondenzblattes“ bei.